

Holschuld Integration

Bei der kürzlichen Lektüre der Berichterstattung zum zweiten Aargauer Migrantenparlament stiess man auf Aussagen wie etwa: der Ruf nach politischer Mitbestimmung von Ausländerinnen und Ausländern werde lauter und konkreter, die Politik sei gefordert und die Integrations- und Partizipationsdebatte müsse ohne Scheuklappen geführt werden.

Es ist wirklich höchste Zeit, die Integrations- und Partizipationsdebatte öffentlich und nicht hinter vorgehaltener Hand zu führen. Nachdem die Politik die Migrationsthematik in den letzten 15 Jahren schlicht verschlafen hat, muss das Volk der Politik endlich klare Handlungsanweisungen erteilen, bevor es definitiv zu spät ist!

Der Kanton Aargau ist auf dem besten Weg, sich im Ausländerrecht via mittlerweile politisch äusserst umstrittene Leitsatzgesetzgebung eine neue Staatsaufgabe mit unabsehbaren finanziellen Folgen aufzubürden. Auf meinen Antrag und gegen erbitterten Widerstand des Innendirektors wies die grossrätliche Kommission EGAR (Einführungsgesetz zum Ausländerrecht) das Geschäft an den Regierungsrat zurück mit der Auflage, die Verfassungsmässigkeit der Vorlage nachzuweisen. Inzwischen liegt die Antwort des regierungsrätlichen Rechtsdienstes vor und man braucht nicht gross zwischen den Zeilen zu lesen um festzustellen, dass die verfassungsmässige Grundlage für die vorgeschlagenen Leitsätze zum Ausländerrecht weitgehend fehlt.

Bei einem Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung von 20.5 % (Stand Ende 2003) und Schulklassen mit einem Fremdsprachigenanteil von bis zu 90 % braucht es eine strikte Integrationspolitik ohne Wenn und Aber. Wer als Gast in unser Land kommt und hier leben will, hat unsere Spielregeln zu akzeptieren und respektieren. Unter dieser Voraussetzung und nur unter dieser Voraussetzung ist er herzlich willkommen. Wer unsere aufgeklärte, offene, demokratische Rechts- und Gesellschaftsordnung nicht als verbindlich anerkennen will oder kann, für den eignet sich ja unser Land ganz offensichtlich auch nicht zum Aufenthalt. Wer in unserem Land straffällig wird, muss ungeachtet seiner Ethnie oder Religion bestraft werden.

Einwanderer haben ihren Integrationswillen unter Beweis zu stellen. Integration ist primär eine Holschuld und nicht eine Bringschuld, die auf dem Tablett serviert wird. Wer hier leben will, hat sich schnellstmöglich zu integrieren. Dazu gehört insbesondere auch, unsere Sprache - notfalls auf eigene Kosten - zu lernen. Dass hier auch alle Unternehmen in der Pflicht sind, die ausländische Mitarbeiter(innen) beschäftigen, versteht sich von selbst.

Fremdsprachige Kinder sind ab Kindergarten gesondert zu unterrichten und dürfen erst in Regelklassen integriert werden, wenn sie dem Unterricht in deutscher Sprache problemlos folgen können. Nur dieses Vorgehen sichert Bildungschancengleichheit für alle beteiligten deutsch- und fremdsprachigen Kinder.

Unser Land ist ein zutiefst christlich geprägtes Land. Unsere Ordnung basiert auf den westlichen Wertvorstellungen und Traditionen, auf dem demokratischen Erbe Athens, dem republikanischen Erbe Roms, dem an klaren Geboten und festen Regeln orientierten Erbe des Judentums und auf dem die Nächstenliebe betonenden Erbe des Christentums. Allen Diskussionen um die Religionsfreiheit Andersgläubiger ist diese fundamentale Prämisse zugrunde zu legen. Jedermann soll glauben können, was ihm sein Gewissen zu glauben gebietet. Aber niemals darf die Religion zum Vorwand werden, sich dem von unseren hergebrachten Werten geprägten schweizerischen Grundkonsens zu entziehen. Wer als Immigrant diese Wertvorstellungen nicht teilen kann oder im täglichen Zusammenleben nicht respektieren will, lebt im falschen Land.

Wer als Immigrant mitbestimmen will, kann - sofern die entsprechenden Integrations- und Assimilationsvoraussetzungen erfüllt sind - das Schweizer Bürgerrecht beantragen. Politische Partizipation mit allen Rechten und Pflichten soll auch in Zukunft zwingend mit dem Schweizer Bürgerrecht verbunden sein.

13 Jahre habe ich in leitender Funktion in einem mittelständischen Familienunternehmen gearbeitet und Verantwortung für unsere überwiegend ausländischen und muslimischen Mitarbeitenden übernommen. Wir haben die sprachliche Integration mit grossem Aufwand gefördert, aber für den beruflichen Aufstieg auch hohe und klare Integrationsforderungen an unsere Mitarbeiter(innen) gestellt und durchgesetzt.

Berührungspunkte mit unserer ausländischen Wohnbevölkerung sind meine Sache entschieden nicht. Aber mir graut vor der sich abzeichnenden Radikalisierung der Jugend in Fragen der Ausländerpolitik. Wenn die Politik weiterhin ihren Dornröschenschlaf träumt, wird unserem Volk schon bald der notwendige Integrationswille und die Integrationskraft fehlen mit unabsehbaren Folgen für das friedliche Zusammenleben in diesem Land.

Gregor Biffiger, Berikon, Grossrat SVP und Mitglied der grossrätlichen Kommission EGAR